



Nadja Sthamer

Mitglied des Deutschen Bundestages



Holger Mann

Mitglied des Deutschen Bundestages

07.03.23

500 Millionen Euro für den Härtefallfonds im Bundeshaushaltsplan 2023

Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat den Fonds zur Abmilderung von Härtefällen in der Rentenüberleitung, für Spätaussiedler und jüdische Zuwanderer mit 500 Millionen ausgestattet.

Der Fonds soll eine pauschale Einmalzahlung zur Abmilderung von Härten ermöglichen. Für die Auszahlung der Leistung wurde eine gemeinsam von Bund und Ländern getragene Stiftung geschaffen. Bisher hat sich aber aus den ostdeutschen Bundesländern lediglich Mecklenburg-Vorpommern zum Beitritt in diese Stiftung entschlossen.

Die Landesgruppe Ost der SPD-Bundestagsfraktion, hat nun in einem Schreiben an die Ministerpräsidenten der Länder und die Regierende Bürgermeisterin in Berlin noch einmal klar Position bezogen, dass die Stiftung zum Härtefallfonds für Betroffene von Härten infolge von Rentenüberleitungen, für Spätaussiedler und jüdische Kontingentflüchtlinge auch von den Ländern mitfinanziert werden muss.

Holger Mann: „Sachsen muss seinen Beitrag leisten. Aus Respekt vor der Lebensleistung der betroffenen Menschen. Ich appelliere an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich gerade auch an Sachsen, sich zu beteiligen und die Frist zum Beitritt bis Ende März 2023 nicht verstreichen zu lassen. Betroffene in Ländern, die Teil der Stiftung sind, können mit einer Einmalzahlung in doppelter Höhe rechnen – gerade in dieser für viele wirtschaftlich angespannten Lage macht es einen deutlichen Unterschied, ob jemand 2500 Euro oder 5000 Euro erhält “

„Wir haben beim Härtefallfonds keine Zeit mehr zu verlieren. Die Menschen der betroffenen Gruppen sind inzwischen hoch betagt. Die Bundesregierung hat deshalb ihre Zusage von 500 Millionen Euro eingelöst. Die Stiftung ist gegründet. Anspruchsberechtigte können jetzt ihre Anträge über die Internetseiten des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales einreichen. Als SPD haben wir uns eine andere Lösung gewünscht. Nicht zuletzt unsere Sozialministerin Petra Köpping kämpft seit Jahren für eine angemessene Entschädigung. Der Härtefallfonds ist die absolute Minimallösung. Ministerpräsident und Staatskanzlei sperren sich gegen eine Beteiligung an der Stiftung. Für die Betroffenen ist das ein Schlag ins Gesicht.“, so *Holger Mann*

„Die Betroffenen haben jahrzehntelang für die Anerkennung ihrer Lebensleistung gekämpft. Mehr als 30 Jahre nach der Deutschen Einheit ist die Einrichtung des Härtefallfonds daher ein längst überfälliges Zeichen des Respekts für viele Menschen im Osten. Dabei ist klar, der Fonds ist nicht gerade üppig durch die Ost-Länder ausgestattet worden.“ fügt *Nadja Sthamer* hinzu.

„Die aktuell geplanten Anspruchskriterien schränken den Empfänger:innenkreis stark ein. So werden unter anderem von der Betroffenengruppe der DDR-Geschiedenen Frauen nur wenige von der Härtefallfonds-Lösung profitieren. Hier müssen wir deutlich nachbessern und Hürden abbauen. Nur so können wir möglichst viele Betroffene unterstützen und das Unrecht, das ihnen widerfahren ist, versuchen abzumildern,“ so *Sthamer* abschließend.

Pressemitteilung